



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der

58. Sitzung des Gemeinderates

Datum: 17. Oktober 2024
Uhrzeit: 19:11 Uhr - 21:47 Uhr
Ort: in der Aula der Schwarzachthal-Schule Berg
Schriftführer/in: Tanja Warda

Teilnehmer:

1. Bürgermeister	Bergler Peter	
2. Bürgermeister	Lehmeyer Christian	
3. Bürgermeister	Nießbeck Norbert	19:14 Uhr vor I.TOP1.
Gemeinderat	Bogner Hans	19:14 Uhr vor I.TOP1.
Gemeinderat	Braun Alois	19:14 Uhr vor I.TOP1.
Gemeinderat	Dengler Daniel	
Gemeinderat	Frauenknecht Thomas	
Gemeinderat	Fürst Johann	
Gemeinderat	Geitner Josef	
Gemeinderat	Haas Stefan	
Gemeinderat	Hierl Johannes	
Gemeinderat	Hierl Michael	
Gemeinderat	Lehmeyer Simon	
Gemeinderat	Lutz Manfred	19:13 Uhr vor I.TOP1.
Gemeinderat	Mederer Markus	19:35 Uhr vor I.TOP2.2
Gemeinderat	Pöhner Manuel	
Gemeinderat	Sichert Alois	
Gemeinderätin	Späth Erna	
Gemeinderätin	Zaschka Karin	

Entschuldigt:

Gemeinderätin Hierl Susanne

Unentschuldigt:

Gemeinderat Himmler Florian

Zusätzliche Teilnehmer:

Herr Brosch, Anumar GmbH

Frau Hirt, HS Umspannwerke GmbH
Herr Bielmeier, Anumar GmbH
Herr Thiel, Architekturbüro Atelier 13 GmbH
Herr Goldhammer, Architekturbüro Atelier 13 GmbH
Frau Loos, FA Cima Beratung+Management GmbH
Herr Sturm, Neumarkter Nachrichten
Herr Stepper, Neumarkter Tagblatt

I TOP Öffentliche Sitzung

Der 1. Bürgermeister Peter Bergler eröffnet um 19:11 Uhr die öffentliche Sitzung.
Die Gemeinderatsmitglieder sind ordnungsgemäß geladen und mehrheitlich erschienen.

Vor der Gemeinderatssitzung fanden zur Thematik "Hochwasserschutz" 3 Ortstermine statt.
Treffpunkt war um 18 Uhr am Tummersbach an der Ecke Heinrichsburg/Gartenstraße. Anschließend erfolgte der Termin vor Ort in Richtheim bei der Schreinerei Götz (nach der Schwarzachbrücke) und dann auch noch der 3. Ortstermin in Unterwall.

Mit der vorgelegten Tagesordnung besteht Einverständnis.

1. Anerkennung des Protokolls der letzten öffentlichen Sitzung vom 19.09.2024

Abstimmungsergebnis: Ja 14 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Die Gemeinderatsmitglieder Hans Bogner, Alois Braun, Simon Lehmeyer und Manfred Lutz waren zu dieser Sitzung nicht anwesend.

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

2. Bauleitplanung

- 2.1 Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage Stöckelsberg – Nord 2“ sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes durch das Deckblatt Nr. 17
 - a) Vorstellung eines Bürgerbeteiligungskonzeptes durch den Vorhabenträger
 - b) Beschlussfassung über die Annahme des Konzeptes

Sachverhalt:

a)

Die förmliche Beteiligung bzgl. der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wurde zwischenzeitlich durchgeführt. Die Abwägung der Stellungnahmen und – soweit sich keine rechtlichen Hindernisse mehr ergeben – der Satzungs- und Feststellungsbeschluss sollen in (einer) der nächsten Sitzung(en) erfolgen.

Gemäß dem kommunalen Leitfaden für Photovoltaik-Freiflächenanlagen ist zur Bürgerbeteiligung ein Informations- und Kommunikationskonzept vorzusehen. Explizit ist folgendes niedergeschrieben:

„Bürgerbeteiligung an der regionalen Wertschöpfung mit niedriger Einstiegsschwelle für die Bürger. Vorrangig soll sich die Beteiligung an die Bürger der beleagerten Gemarkung und Gemeinde richten. Hierfür ist ein Informations- und Kommunikationskonzept für die Bürger (z. B. Informationsveranstaltungen) vorzusehen.“

Dieses Informations- und Kommunikationskonzept wird in dieser Sitzung vom Vorhabenträger durch Herrn Markus Brosch vorgestellt. Dieser zeigt dem Gremium die Kompetenzen der Firma Anumar auf. Weiter geht er auf den geplanten Solarpark „Stöckelsberg Nord 2“ ein, dieser wird bei einer Fläche von 6,26 ha um die 7.325 MWh an Energie erzeugen. Herr Brosch teilt dem Gremium mit, dass nach Satzungsbeschluss final mit allen interessierten Bürgern die Bürgerbeteiligung besprochen werde. Anumar wird hierzu Informationsblätter im Gemeindeblatt der Gemeinde Berg beilegen. Dies ist der erste Schritt des Ablaufes der Bürgerbeteiligung. Im nächsten Zug werden alle interessierten Bürger bei Anumar aufgenommen. Es werden die Konditionen des geeigneten Bürgerbeteiligungsmodells ausgearbeitet, dann folgen Vertragsabstimmung

und die Unterzeichnung des Vertrages zur Beteiligung. Herr Brosch zeigt folgende Bürgerbeteiligungsmodelle mit Vor- und Nachteilen auf:

- Nachrangdarlehen (feste Laufzeit, fester Zinssatz, jährliche Ausschüttung, Einlage zwischen 1.000 und 20.000 €)
- Genossenschaftsmodell (Zusammenarbeit mit Genossenschaft, Genossenschaft gibt Bedingungen und Vorteile vor)
- KG- Beteiligung (hohe Beteiligungssummen erforderlich, Beteiligung an der Betreibergesellschaft, KG-Beteiligter trägt anteilig Risiko und Haftung, Prüfung dieser Möglichkeit nach Eingang aller Interessensbekundungen)

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Bergler äußert die Nachfrage, ob der Betrag der finanziellen Beteiligung der Kommunen von 0,20 ct je eingespeiste kWh Bestand habe. Herr Brosch teilt mit, dass der Betrag bei Privatpersonen nur 1 Jahr vertraglich zugesichert werden kann, bei gewerblichen Verträgen kann diese Zeitspanne 10 Jahre betragen. Der erste Bürgermeister richtet eine weitere Frage an Herrn Brosch, welches Bürgerbeteiligungsmodell bei den bisherigen Solarparks der FA Anumar bevorzugt würde. Herr Brosch spricht sich klar für das Nachrangdarlehen aus, teilt aber weiter mit, dass die Entscheidung den Bürgern selbst überlassen sei. Gemeinderatsmitglied Stefan Haas stellt die Nachfrage, ob man sich bei dieser Anlage für ein Bürgerbeteiligungsmodell entscheiden muss. Weiter äußert er Bedenken gegenüber dem Nachrangdarlehen. Nachteil ist die nachrangige Stellung der Forderung bis hin zum Risiko eines Totalverlustes. Herr Brosch teilt mit, die Entscheidung liegt bei den Bürgern, diese können sich über die Interessensbekundung im Gemeindeblatt bei der Firma Anumar melden und das Gespräch hierzu suchen. Falls gewünscht, könnte die Firma Anumar Führungen durch den gebauten Solarpark anbieten.

Beschluss:

b)

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Bürgerbeteiligungskonzept der Fa. Anumar GmbH und billigt dieses in der vorgestellten Form (Bekanntmachung Bürgerbeteiligung >> Aufnahme der Interessenten >> Ausarbeitung der Konditionen und des Beteiligungsmodells >> Ansprache der Interessierten mit Zusendung der genauen Konditionen >> Vertragsabstimmung >> Zeichnung).

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

- 2.2 Vorstellung und Erläuterung der Baumaßnahme bzgl. des derzeit beim Bauamt des Landratsamtes zur Prüfung liegenden Bauantrags betreffend des Neubaus eines Umspannwerks mit Freileitungsanbindung auf den Grundstücken mit den Fl.-Nrn. 230 und 231 der Gemarkung Stöckelsberg durch den Bauherrn

Sachverhalt:

Mit Bauantrag vom 03.04.2024 beantragte die Fa. Anumar den Neubau eines Umspannwerks mit Freileitungsanbindung auf den Grundstücken mit den Fl.-Nrn. 230 und 231 der Gemarkung Stöckelsberg. Mit Beschluss vom 16.05.2024 verweigerte der Berger Gemeinderat dem Bauvorhaben das gemeindliche Einvernehmen auf Grund von damals aus den Reihen des Gemeinderates und des Vorsitzenden des Vereins der Segelflieger POST SV Nürnberg e. V. der im Nahbereich des geplanten Bauvorhabens einen Flugplatz betreibt, vorgebrachten Bedenken. Eine Entscheidungstendenz des Landratsamtes bzgl. der Zulässigkeit des Bauvorhabens konnte bisher noch nicht erfragt werden.

Die Fa. Anumar informiert das Gremium über das Projekt im Gesamten und die geplante Eingrünung des Bauvorhabens durch Frau Linda Hirt von der Fa. HS Umspannwerke GmbH. In ihrer Präsentation stellt Frau Hirt ihre Firma HS Umspannwerke GmbH dem Gremium vor.

Weiter zeigt sie den Standort des Umspannwerkes in der Gemarkung Stöckelsberg auf, der Standort muss an einem bestehenden Mast angeschlossen werden. Dieser wurde durch die FA Bayernwerk zugewiesen und zeigt sich als günstige Lage für das Vorhaben der Firma Anumar, da in unmittelbarer Nähe der Solarpark „Stöckelsberg Nord 2“ entstehen wird und bereits eine bestehende Zuwegung für die Anlieferung der Materialien genutzt werden kann. Das Umspannwerk soll mit einheimischen Bäumen und Sträuchern eingegrünt werden und -so Frau Hirt- nach ein paar Jahren fast nicht mehr sichtbar sein. Die Bauzeit würde sich auf ca. 4-6 Monate belaufen, danach würde die Anlage nur ca. 4x im Jahr für Wartungs- und Pflegearbeiten betreten werden. Auf die Nachfrage hinsichtlich der Lautstärke einer solchen Umspannwerkanlage, teilt Herr Bielmeier von der FA Anumar mit, dass mit der Abgabe des Bauantrages auch Lärm-emissions-aspekte berücksichtigt werden müssen.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Bergler stellt die Nachfrage ob die Anlage nachts auch laufen würde. Dies wird von Herrn Bielmeier verneint. Auf das Umspannwerk wird momentan nur der Solarpark „Stöckelsberg Nord 2“ angeschlossen und dieser würde in der Dunkelheit keinen Strom erzeugen. Gemeinderatsmitglied Stefan Haas möchte wissen, da derzeit eine PV-Anlage auf dieses Umspannwerk angeschlossen werden soll und in der Umgebung mehrere Anlagen geplant, ob es möglich wäre alle PV-Anlagen auf dieses Umspannwerk mitanzuschließen oder ob mehrere Umspannwerke hierfür notwendig werden. Laut Fa. Anumar hat die Kapazität des Umspannwerkes, wie es in Stöckelsberg geplant ist (mit zwei Trafostationen), durchaus Kapazität für mehrere Anschlüsse. Gemeinderatsmitglied Michael Hierl stellt seine Frage zum Umspannwerk, ob dieses noch mit zum Beispiel einen dritten Trafo erweitert werden könnte. Dies wäre -so Fa. Anumar- technisch möglich aber im Moment nicht notwendig. Gemeinderatsmitglied Hans Bogner fragt nach, warum der Antrag, welcher im Mai vom Gremium abgelehnt wurde und jetzt bei der Genehmigungsbehörde im Landratsamt liegt, die Sachlage hier noch einmal erläutert und diskutiert werde. Hierzu teilt die Fa. Anumar GmbH mit, dass sie Transparenz zeigen und den offenen Dialog pflegen wollen, sie hoffen auch für die Zukunft auf eine gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Berg. Gemeinderatsmitglied Markus Mederer stellt zum einen die Nachfrage, wie es zu diesem Standort kam und ob nicht auch noch ein anderer in Frage gekommen wäre. Von Frau Hirt und Herrn Bielmeier wurde im Vortrag bereits erläutert, dass der Standort bzw. der anzuschließende Freileitungsmast von der Bayernwerke AG vorgegeben worden ist; dies wurde im Vortrag mit einer Folie bereits veranschaulicht. Weiter fährt er fort, ob mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu rechnen sei, da an diesem Standort der Flugplatz Stöckelsberg wo auch Wohnwagen von Mitgliedern des Vereins stehen. Herr Bielmeier teilt mit, dass dort bereits die Hochspannungsleitung verläuft, welche bekanntlich Strahlungen auch abgeben. Weiter fährt er fort, dass fast jeder Bürger ein Handy besitzt, welches täglich Strahlung an den Träger abgibt und mehr als das Umspannwerk es täte. Markus Mederer fährt fort, dass die PV „Stöckelsberg Nord 2“ zwar dort angeschlossen werden soll, dennoch im Umkreis mehrere PV-Anlagen anderer Träger in der Planung seien. Er erkundigt sich daher, ob es bereits Gespräche/Verhandlungen mit anderen Vorhabenträgern im Hinblick an den Anschluss ihrer PV-Anlagen an das von der Fa. Anumar geplante Umspannwerk. Hierdurch könnten weitere Umspannwerke in diesem Bereich abgewendet werden. Herr Bielmeier teilt mit, dass bereits Gespräche diesbezüglich laufen. Gemeinderatsmitglied Markus Mederer äußert dennoch Bedenken und findet sich weiterhin nicht gut informiert. Gemeinderatsmitglied Daniel Dengler äußert Bedenken über einen möglichen Leerlauf der Anlage, wenn sich andere Betreiber nicht an diesem Umspannwerk anschließen würden. Des Weiteren stellt er seine Nachfrage welche Baumaßnahmen erforderlich seien, wenn sich ein anderer Betreiber mit seiner PV-Anlage draufschließen möchte. Die Fa. Anumar teilt mit, dass dies über zusammengefasste Erdkabel erfolgen kann. Gemeinderatsmitglied Johannes Hierl teilt die Bedenken seiner Vorredner, weiter fehlt ihm auch ein Gesamtkonzept.

3. Neubau Feuerwehrhaus Hausheim:

3.1 Sachstandsbericht zur Kostenentwicklung mit Beschluss über Einsparmöglichkeiten bzw. Mehrkosten

Sachverhalt:

Der Gemeinderat wird durch die Architekten Herrn Norbert Thiel und Herr Goldhammer vom Büro Atelier 13 über die derzeitige Kostensituation zum Neubau des Feuerwehrhauses in Hausheim informiert.

Ursprünglich waren die Projektkosten in der Planungsphase und Beschlussfassung durch den Gemeinderat für die Umsetzung des Projektes mit 912.000,00 € kommuniziert worden.

Nach den Ausschreibungen der Baumeisterarbeiten, der Holzbauarbeiten und des Sektionaltors sowie der technischen Anlagenteile für Heizung, Sanitär und der Lüftungsanlage zeichnet sich nunmehr ein Projektkostenstand von 1.073.000,00 € ab.

Im Rahmen des gemeinsam mit der Verwaltung geführten Gespräches wurden nun folgende Einsparungsmöglichkeiten zusammengestellt, die dem Gemeinderat nunmehr zum Beschluss vorgelegt werden sollen.

Dies beinhaltet Teile aus den Gewerken Baumeisterarbeiten und Holzbauarbeiten sowie den Sanitär- und Lüftungstechnischen Anlagen.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Einsparmöglichkeiten:

Baumeisterarbeiten: 32.000 €

- Reduktion Baustelleneinrichtung: 7.200 €
- Aushublagerung auf Lagerplatz Bauherr: 4.000 €
- Optimierung Entwässerungssystem: 15.100 €
- Optimierung Werkplanung: 5.700 €

Des Weiteren ergeben sich aus der unzureichenden Tragfähigkeit des Untergrundes Mehrkosten in der Umsetzung der Streifenfundamente.

Zur sicheren Gründung des Bauwerks wird zum einen ein vollflächiger Bodenaustausch empfohlen, welcher aber einen hohen wirtschaftlichen und technischen Aufwand und ggf. auch eine Unterfangung der Giebel Fundamente beim südlich angrenzenden Bestandgebäude erforderlich machen. Günstiger wird es sein, die Lasten des Bauwerks über Magerbetonplomben auf den gewachsenen geologischen Untergrund abzutragen. Die Bodenplatte ist dann auf den Magerbetonplomben freitragend aufzulegen.

Dies beinhaltet Mehrkosten für die Gründung in Höhe von 20.000 €.

Insgesamt kann somit eine Kosteneinsparung von 12.000 € erreicht werden.

Holzbauarbeiten: 30.000 €

- Fassadenbekleidung mit WDVS/Putz, statt Holzverkleidung: 16.500 €
- Reduzierung der Fensterteilungen: 8.000 €
- Optimierung der Dach- und Deckenkonstruktion: 5.500 €

Seitens der Feuerwehr Hausheim wird zudem der Wunsch geäußert, dass die Dacheindeckung entsprechend dem Haus des Dorfes mit Biberschwanzziegeln, statt mit Betondachsteinen erfolgen soll. Dies beinhaltet allerdings Mehrkosten in Höhe von 19.000 €.

Sanitärinstallation: 3.500 €

- Verzicht auf die Entkalkungsanlage: 3.500 €

Lüftungsanlage: 50.000 €

Verzicht auf die Entlüftungsanlage: 50.000 €

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Alois Sichert befürwortet die Dacheindeckung mit Biberschwanzziegeln. Er stellt die Nachfrage, ob es nicht möglich gewesen wäre, das Bodengutachten vor dem eigentlichen Baubeginn erstellen zu lassen und bevor man das bestehende Gebäude abgerissen hat. Damit hätte man sich 3 Wochen Bauverzögerung sparen können. Gemeinderatsmitglied Alois Braun schließt sich der gewünschten Dacheindeckung an. Gemeinderatsmitglied Karin Zaschka hat eine Nachfrage zu den Fenstern, ob Kunststoff-Fenster nicht besser geeignet und günstiger seien. Die geplanten kombinierten Holz-Alufenster sind im Moment das langlebigste Produkt auf dem Markt, so die Architekten. Diese wären ca. 15% teurer gegenüber reinen Kunststoff-Fenstern, jedoch sollte der Umweltaspekt bei diesem Bau eine größere Rolle bei der Planung spielen. Gemeinderatsmitglied Johannes Hierl stellt die Nachfrage, wie es möglich sei nach der Planung durch das Planungsbüro zum Beispiel die Lüftungsanlage dann doch einzusparen zu können und ob es diesbezüglich neue Erkenntnisse gab. Aufgrund des wirtschaftlichen Aspektes so die Architekten, war es sinnvoll, sich über Einsparungen mit den Gewerken Gedanken zu machen. Erster Vorstand Rupert Marx von der Feuerwehr Hausheim stellt den Antrag auf eine Wortmeldung; diese wird ihm vom Ersten Bürgermeister erteilt. Er erläutert, dass die Freiwillige Feuerwehr viele Arbeiten in Eigenleistung erbringt, wie die Elektro- Maler und Pflasterarbeiten. Auch werden sie sich an der Außengestaltung beteiligen sowie selbst die Türen setzen. Er spricht sich dafür aus, für die Dacheindeckung mit Biberschwanzziegeln zu stimmen. Herr Marx spricht sich des Weiteren für die Holzverkleidung des Gebäudes aus. Gemeinderatsmitglied Manuel Pöhner stellt die Nachfrage, in wie weit die Photovoltaikanlage die Biberschwanz Ziegel überdecken würde. Die Anlage würde nur auf der Südseite angebracht werden, so die Architekten. Gemeinderatsmitglied Simon Lehmeyer plädiert für die hochwertigere Holzfassade. Bürgermeister Bergler teilt mit, dass bereits im Vorgespräch mit allen Beteiligten die WDVS/ Putz Fassade besprochen wurde und somit von der Holzverkleidung abgesehen wird.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt beim Projekt Neubau des Feuerwehrhauses Hausheim in folgenden Gewerken Einsparungen in der Bauausführung entsprechend der vorausgegangenen Erläuterungen und Vorgaben vorzunehmen:
Baumeisterarbeiten: mit voraussichtlich Einsparungen in Höhe von 32.000 €.
Holzbauarbeiten: mit voraussichtlich Einsparungen in Höhe von 30.000 €.
Sanitärarbeiten: mit voraussichtlich Einsparungen in Höhe von 3.500 €.
Lüftungsanlage: mit voraussichtlich Einsparungen in Höhe von 50.000 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

- b) Der Gemeinderat nimmt die genannten Mehrkosten für die Erhöhung der Tragfähigkeit der Bodenplatte mit voraussichtlichen Mehrkosten von 20.000 € zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Beschluss:

- c) Der Gemeinderat billigt die Ausführung der Dacheindeckung mit Biberschwanzziegeln statt Betondachziegeln mit den voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von 19.000 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

3.2 Vergabe der Gewerke zu den Technischen Anlagen

3.2.1 GW 04 - Heizungsanlage

Sachverhalt:

Das Angebot der Firma Weber aus Winkelhaid mit 68.798,84 € liegt mit 13.329,01 €, d.h. um 16,23 % unter der Kostenberechnung von 82.127,85 €. Dem Gemeinderat wird deshalb vorgeschlagen, den Auftrag an die Firma Weber aus Winkelhaid zu vergeben.

In der Auftragssumme ist ein jährlicher Wartungsanteil in Höhe von 1.523,20 € enthalten.

Beschluss:

Das Angebot für die **Heizungsbauarbeiten** der Firma Weber aus Winkelhaid mit 68.798,84 € liegt mit 13.329,01 €, d.h. um 16,23 % unter der Kostenberechnung von 82.127,85 €. Der Gemeinderat beschließt den Auftrag an die Firma Weber aus Winkelhaid zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

3.2.2 GW 06 - Sanitäranlagen

Sachverhalt:

Das Angebot der Firma Hufnagl aus Kastl mit 76.967,46 € liegt mit 9.323,01 €, d. h. um 10,80 % unter der Kostenberechnung von 86.290,46 €. Dem Gemeinderat wird deshalb vorgeschlagen, den Auftrag an die Firma Hufnagl aus Kastl zu vergeben.

In der Auftragssumme ist ein jährlicher Wartungsanteil von 1.190,00 € enthalten.

Beschluss:

Das Angebot für die **Sanitäranlagen** der Firma Hufnagl aus Kastl mit 76.967,46 € liegt mit 9.323,01 €, d. h. um 10,80 % unter der Kostenberechnung von 86.290,46 €. Der Gemeinderat beschließt den Auftrag an die Firma Hufnagl aus Kastl zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

3.2.3 GW 05 - Lüftungsanlage

Sachverhalt:

Das Angebot der Firma Ehm aus Sulzbach – Rosenberg mit 55.300,76 € liegt mit 9.212,06 €, d. h. um 19,99 % über der Kostenberechnung von 46.088,76 €. Da bis auf die Umkleiden alle anderen Räume eine Lüftungsmöglichkeit konventionell über Fenster besitzen und die Umkleiden mit kleinen Entlüftungsventilator bedient werden können, wird dem Gemeinderat vorgeschlagen, die Ausschreibung aufzuheben und von einer Vergabe der Lüftungsanlage abzusehen.

Beschluss:

Das Angebot für die **Lüftungsanlage** der Firma Ehm aus Sulzbach – Rosenberg mit 55.300,76 € liegt mit 9.212,06 €, d. h. um 19,99 % über der Kostenberechnung von 46.088,76 €. Da bis auf die Umkleiden alle anderen Räume eine Lüftungsmöglichkeit konventionell über Fenster besitzen und die Umkleiden mit kleinen Entlüftungsventilator bedient werden können, beschließt der Gemeinderat den Einbau der Lüftungsanlage nicht durchzuführen und dementsprechend die Ausschreibung aufzuheben und von einer Vergabe der Lüftungsanlage abzusehen.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

4. ILE Schwarzachtalplus
a) Vorstellung der ILE Schwarzachtalplus und der ILEK-Fortschreibung (Theresa Loos, FA Cima Beratung + Management GmbH)
b) Beschlussfassung der ILEK- Fortschreibung

Sachverhalt:

Frau Theresa Loos stellt mittels einer PowerPoint Präsentation die ILE Schwarzachtalplus und die ILEK-Fortschreibung vor. Sie ist mit ihrem Kollegen, Herrn Michael Schwarz, für die ILEK-Umsetzungsbegleitung verantwortlich. Mitglieder sind neben der Gemeinde Berg, Postbauer-

Heng, Pyrbaum, Burgthann, Altdorf, Leinburg, Feucht, Winkelhaid und Schwarzenbruck. Ihre Aufgaben sind die Förderung (Überblick über die Fördermittel sowie deren Beantragung), Projektarbeit (Beraten, Ideen einbringen, vorbereiten und umzusetzen) sowie Politik und Bürgerschaft (Informieren, einzubinden und Entscheidungshilfen herbeizuführen). Bisher konnten 25 Projekte realisiert werden und 75% Förderung für Konzepte ausgeschüttet werden. Sie stellt ausführlich gemeinsam umgesetzte Projekte vor, wie zum Beispiel die Wassertage, Konzept für den Ausbau des landwirtschaftlichen Kernwegenetzes, die Aktion „Gelbes Band“, erstellte Naturkinos, Freizeitkarten für Rad- und Wandertouren sowie die Teilnahme an Messen -wie der Tag der Regionen- oder die Freizeitmesse in Nürnberg. Frau Loos nennt auch konkrete Beispiele für die Gemeinde Berg, wie der Podcast „Heimat Erleben“, Image- Fotoaufnahmen der Gemeinde, das Kinderbuch „Die 11 Geister aus der Schwarzach“ und die Wassertage in Zusammenarbeit mit den Schulen. Die Pläne für das Jahr 2024 zeigten folgende Handlungsfelder auf: Die Orts- und Innenentwicklung, Landwirtschaft und Biodiversität, Energie, Gesundheitsversorgung und soziale Infrastruktur, Freizeit und Erholung, kulturelles Leben, Mobilität, Zusammenarbeit in kommunalen Angelegenheiten und die Digitalisierung. Das ILEK 2024 möchte charakteristische Landschaftsräume erhalten, Siedlungsstrukturen weiterentwickeln, Ortsmitteln stärken, die Mobilitäts- und Energiewende gemeinsam gestalten und den Zusammenhalt in der Region stärken.

Beschluss:

Das Integrierte Ländliche Entwicklungskonzept (ILEK) der ILE Zukunftsregion Schwarzachthalplus wurde im Jahr 2024 durch das Büro CIMA Beratung + Management GmbH fortgeschrieben. Es formuliert Handlungsbedarfe, Entwicklungsziele und eine Maßnahmenplanung für die weitere Zusammenarbeit der Mitgliedskommunen.

Das ILEK liegt dem Gemeinderat vor. Der Gemeinderat Berg beschließt die Fortsetzung der Mitgliedschaft der Kommune Berg in der ILE Zukunftsregion Schwarzachthalplus, das fortgeschriebene ILEK aus dem Jahr 2024 sowie die Umsetzung des ILEKs in der Kommune Berg. Der Erste Bürgermeister informiert den Gemeinderat regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen der ILE Zukunftsregion Schwarzachthalplus.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Markus Mederer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

5. Vollzug der Baugesetze; Bauanträge und Voranfragen

5.1 Neubau von 3 Seecontainern mit Terrassenüberdachung und Dachterrasse auf dem Grundstück Fl.-Nr. 44 der Gemarkung Haimburg in Haimburg

Sachverhalt:

Der Antragsteller plant den Neubau von drei Seecontainern mit Terrassenüberdachung und Dachterrasse.

Das Grundstück liegt nicht im Geltungsbereich eines gültigen Bebauungsplanes, daher richtet sich die Zulässigkeit des Bauvorhabens nach § 34 BauGB.

Die drei identischen Metall-Container mit Holzverkleidung haben das Gesamtmaß 7,30 m x 6,195 m. Im westlichen Container soll eine Heimwerker-Werkstatt eingerichtet werden, im mittleren Container ein Lager und im östlichen Container sollen Gartengeräte untergebracht werden. Die überdachte Terrasse hat 24,38 m² (4,0 m x 6,095 m) und wird an den östlichen Container angebaut. Auf dem neu errichteten Gebäude mit Terrassenüberdachung soll eine Dachterrasse mit 68,58 m² entstehen

Die Container fügen sich aufgrund der Geschossigkeit in die Eigenart der näheren Umgebung ein. Es sind auch bereits mehrere Gebäude- oder Nebengebäude mit Holzverkleidung in der Weinleite vorhanden.

Die Nachbarunterschriften liegen vor, außer die des Freistaates Bayern (Forstverwaltung).

Die Erschließung ist gesichert durch Bestand.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Hans Bogner spricht sich dafür aus, dass die Containerbauweise in der Gemeinde Berg nicht weiter ausgebaut werden sollte.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen.

Es soll als Auflage in die Baugenehmigung aufgenommen werden, dass an den Containern eine Holzverkleidung angebracht werden muss.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 : Nein 3

- 5.2 Errichtung einer Montage- und Lagerhalle mit Hallenkran für die Montage und Reparatur von Maschinenhäusern für Windenergieanlagen mit unterrangigen Flächen für Meisterbüro und Sozialräume sowie Nutzung von PV-Energie für den Eigengebrauch (Heizung und elektrische Verbraucher) und die Einspeisung von überschüssiger Energie auf dem Grundstück Fl.-Nr. 734/99 der Gemarkung Loderbach in Richtheim

Sachverhalt:

Das geplante Bauvorhaben befindet sich im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes "Richtheim-Straßfeld".

Das Baugrundstück ist im Bebauungsplan als Mischgebiet ausgewiesen.

Die Antragstellerin plant die Errichtung einer kleinen Lagerhalle und einer großen Montagehalle mit Hallenkran.

Nähere Details zum geplanten Betrieb wie z.B. geplante Tätigkeiten, Anlieferung, Versand, Lagerung, Betriebszeiten, Personal usw. können der beiliegenden Betriebsbeschreibung entnommen werden.

Das geplante Vorhaben erscheint unter Bezugnahme auf die vorgelegte Betriebsbeschreibung als sonstiger nicht wesentlich störender Gewerbebetrieb gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO grundsätzlich zulässig („nur“ mechanische und elektrische Montagetätigkeiten mit regulärem Standardwerkzeug sowie Akkuschrauber, große Drehmomentschlüssel, Gummihämmer, Hydraulikschrauber etc werden verrichtet und keine mechanische Bearbeitung durch lärmintensive Tätigkeiten wie z.B. Drehen, Fräsen oder Bohren). Das Landratsamt beteiligt hinsichtlich der Immissionen das Sachgebiet „Umweltschutz“, dass das Vorhaben bezüglich der zu erwartenden Lärmquellen beurteilt.

Die Nachbarunterschriften liegen alle vor. Die Erschließung ist gesichert.

Die Antragstellerin hat folgende Befreiung von der Festsetzung des Bebauungsplanes beantragt: Die traufseitige Wandhöhe bei der Montagehalle mit Flachdach beträgt 7,30 m statt 6,00 m. Um die Anlagenkomponenten in der Halle bewegen zu können, wird ein Hallenkran benötigt. Aufgrund der Anlagengröße ist eine Hakenhöhe von 4,50 m notwendig, demnach ist eine Attikahöhe von max. 7,50 m über der Oberkante Fertigfußboden erforderlich. Die benachbarten Grundstücke werden von der Befreiung nicht beeinträchtigt, da anstelle eines Flachdaches mit Wandhöhe 6,0 m auch ein Pultdach mit Firsthöhe 9,0 m gemäß Festsetzung des Bebauungsplanes geplant werden dürfte. Aufgrund der Ausrichtung der Dachneigung nach Süden für die Nutzung von Solarenergie wäre die Wandhöhe zum Nachbarn mit der Flur-Nummer 734/93 der Gemarkung Loderbach damit 9,0 m anstelle der beantragten Abweichung von 7,50 m bei einem Flachdach. Demnach wäre der Schattenwurf bei einem Pultdach mit 9,0 m Wandhöhe im Norden deutlich größer als mit einem Flachdach mit einer Wandhöhe von 7,50 m.

Die erforderliche Befreiung berührt nicht die Grundzüge des Bebauungsplanes und ist städtebaulich vertretbar. Alle Nachbarn haben der Befreiung zugestimmt.

Außerdem hat die Antragstellerin einen Antrag auf isolierte Abweichung von den Abstandsflächenvorschriften gestellt, da die Abstandsfläche vom Gebäude an der Grundstücksgrenze zur Flur-Nr. 734/98 der Gemarkung Loderbach auf einer Länge von 10,00 m über 3,00 m auf dem Nachbargrundstück zum Liegen kommt. Gemäß der Dienstbarkeitsbestellung vom 05.03.2021, URNr. 0319/2021, Ziffer IV. hat der Eigentümer der Flur-Nummer 734/99 der Gemarkung Loderbach das Recht, direkt an die Grenze des Baugrundstücks zu bauen, sofern die angrenzende Wand als Brandwand ausgeführt wird. Die Planung sieht vor, dass das Lager mit einer Länge von 10,00 m direkt an die Grenze zur Flur-Nummer 734/98 der Gemarkung Loderbach gebaut werden soll, eine Brandwand erhält und somit den Festlegungen der notariell beglaubigten Dienstbarkeit entspricht. Die betroffenen Nachbarn haben der Abstandsflächenübernahme zugestimmt. Für die Entscheidung über die Abweichung ist das Landratsamt zuständig, da es sich um eine bauordnungsrechtliche Vorschrift handelt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen. Die erforderlichen Befreiungen von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplanes „Richtheim-Straßfeld“ werden erteilt.

Der Stellungnahme der Fachstelle SG „Immissionsschutz“ ist in der weiteren bauaufsichtlichen Prüfung ein entsprechender Augenmerk zu verleihen. Die Nutzung von lärmintensiven Maschinen soll untersagt werden. Sofern es die Bauaufsichtsbehörde als angebracht empfindet soll beauftragt werden, dass jegliche Montage- und Reparaturtätigkeiten nur bei geschlossenem Tor der Montagehalle durchgeführt werden dürfen.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

- 5.3 Errichtung einer Zimmerei und Spenglerei mit zusätzlicher Verarbeitung von Flachdachabdichtungen mit Büros auf dem Grundstück Fl.-Nr. 734/101 der Gemarkung Loderbach in Richtheim

Sachverhalt:

Das geplante Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes „Richtheim-Straßfeld“.

Die Antragstellerin plant die Errichtung einer Zimmerei und Spenglerei mit zusätzlicher Verarbeitung von Flachdachabdichtungen mit Büros.

Im Erdgeschoss sollen zwei Hallen, eine Werkstatt sowie ein WC und ein Technikraum entstehen. Im 1. Obergeschoss sind zwei Büros, zwei weitere WCs, eine Küche mit Aufenthaltsraum und ein weiterer Technikraum geplant. Auf der Dachfläche soll eine Photovoltaikanlage mit 359,02 m² angebracht werden.

Das Baugrundstück ist im Bebauungsplan als Gewerbegebiet mit Einschränkungen Nr. 2 ausgewiesen. Die zulässigen Emissionen sind im Bebauungsplan unter dem Punkt B.1.5 festgelegt. Die Beurteilung der Emissionen obliegt der Fachstelle SG „Immissionsschutz“ im Landratsamt, welche im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens von der Bauaufsichtsbehörde beteiligt werden soll.

Im Rahmen der Prüfung der Bauantragsunterlagen wurde festgestellt, dass das Bauvorhaben in folgenden Punkten von den Festsetzungen des Bebauungsplanes abweicht:

B.2.3	Höhenfestsetzung Im Gewerbegebiet mit Einschränkungen	Die Planungen zum Bauvorhaben
-------	--	-------------------------------

	gen Nr. 2 ist die maximale traufseitige Wandhöhe auf 6,0 m und die maximale Firsthöhe auf 9,0 m beschränkt.	sehen vor, dass die maximale traufseitige Wandhöhe 8,74 m und die maximale Firsthöhe 9,61 m beträgt.
C.1.2	Dachform Der Dachvorsprung an der Traufe darf max. 50 cm betragen.	Der Dachvorsprung an der Traufe soll laut den Planunterlagen 6,00 m betragen (Vordach).

Die Antragstellerin hat die Abweichung von der Höhenfestsetzung damit begründet, dass zum Betreiben der Zimmerei ein Kran erforderlich ist, welcher mit einer Hakenhöhe von 6,70 m eine entsprechende Höhe der Halle benötigt.

Das Vordach wurde laut Antragstellerin geplant, damit bei schlechter Witterung ein trockener Bereich für die Be- und Entladung der Fahrzeuge zur Verfügung steht.

Die erforderlichen Befreiungen berühren nicht die Grundzüge des Bebauungsplanes und sind städtebaulich vertretbar.

Die Zustimmung der derzeitigen benachbarten Grundstückseigentümer liegt vor.

Die Erschließung ist gesichert.

Die laut Garagen- und Stellplatzverordnung notwendigen Stellplätze wurden nachgewiesen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen. Die erforderlichen Befreiungen von den genehmigungshindernden Festsetzungen des Bebauungsplanes „Richtheim-Straßfeld“ werden erteilt.

Der Stellungnahme der Fachstelle SG „Immissionsschutz“ hinsichtlich der im Bebauungsplan „Richtheim-Straßfeld“ unter Punkt B.1.5 festgesetzten Lärmkontingente ist in der weiteren bauaufsichtlichen Prüfung ein entsprechender Augenmerk zu verleihen.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 : Nein 0

5.4 Bauangelegenheiten in laufender Verwaltung - Gemeinderat zur Kenntnis

Sachverhalt:

Lfd.Nr.	Name,Anschrift	Bauvorhaben	Einvernehmen erteilt
53-2024		Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Fl.-Nr. 2062/14 der Gemarkung Berg in Meilenhofen	ja

6. Antrag der SPD-Fraktion zur künftigen Vorgehensweise bei Über- und Unterschreitungen von Kostenberechnungen und Kostenschätzungen bei Baumaßnahmen der Gemeinde

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt für aktuelle und künftige Baumaßnahmen der Gemeinde Berg eine umfassende, schriftliche und rechtzeitige Information der Gemeinderäte vor der Vergabe von Einzelwerken und Aufträgen.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Die Gemeinde hat in den letzten Jahren viele und große Investitionen getätigt, dort wurde festgestellt, dass die tatsächlichen Kosten von Baumaßnahmen den ursprünglich durch den Gemeinderat gesetzten Finanzrahmen und die geschätzten Kosten teilweise weit übertrafen wurden.

- In Zeiten von geringeren Einnahmen müsse der Gemeinderat die Ausgaben mehr denn je im Blick behalten.
- Bei Bauvorhaben werde das Gremium in den Gemeinderatssitzungen mit Vergabevorschlägen konfrontiert, die von den ursprünglich berechneten oder geschätzten Kosten teilweise weit abweichen würden. Die Gemeinderäte stünden der unbefriedigenden Situation gegenüber, ohne weitere Informationen höheren Baukosten zuzustimmen.

Daher folgende Forderung:

- Bei einer Über- bzw. Unterschreitung der kalkulierten Baukosten von 10% und mehr, soll der Gemeinderat mit den Sitzungsunterlagen eine schriftliche Begründung des Architekten bzw. Fachplaners mit dem Vergabevorschlag über die Gründe der Abweichung erhalten.
- Bei einer Überschreitung der berechneten Kosten hat eine Nennung von Einsparpotenzialen durch Umplanung, Konstruktionsänderungen, andere Materialauswahl zu erfolgen.
- Liegen dem Gemeinderat die notwendigen Informationen nicht mit der Sitzungsladung vor, kann der Vergabe von Aufträgen seitens des Gremiums nicht zugestimmt werden.
- Bei Über- und Unterschreitungen der Kosten dürfen diese nur als anrechenbare Kosten das Honorar des (Fach-) Planers verändern, wenn durch den Bauherrn weitere Leistungen oder Änderungen angeordnet wurden.

Als Ziel des Antrages wird folgende Begründung vorgelegt:

- Kostenkontrolle der Baumaßnahmen der Gemeinde durch rechtzeitige Umplanungen und Nutzung von Einsparpotenzialen.
- Nachvollziehbarkeit bei abweichenden Baukosten gegenüber dem Gremium.
- Ein verantwortungsvoller Umgang der Gemeinderäte mit den Finanzen der Gemeinde.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Bergler teilt mit, dass der Antrag zuerst in einer Zusammenkunft der Fraktionsvorsitzenden besprochen werden sollte und es daher in dieser Sitzung zu keiner Beschlussfassung kommt. Gemeinderatsmitglied Karin Zaskha zeigt sich irritiert. Sie teilt mit, dass der Antrag fristgerecht eingereicht wurde und erläutert, dass der Antrag nicht als Kontrolle der Verwaltung missverstanden werden sollte, jedoch das Gremium verantwortungsvoll mit den Geldern der Bürger umgehen müsse und daher der Antrag durchaus Berechtigung finden sollte, wenn man zum Beispiel den Bau des Feuerwehrhauses in Hausheim betrachten würde. Sie spricht sich mit Nachdruck für eine Beschlussfassung aus. Weiter zeigt sie auf, dass es wohl im Kreistag gang und gäbe wäre, eine ausführliche Begründung bei Über- und Unterschreitungen der Kosten seitens des Architekten zu erhalten. Bürgermeister Bergler ist sich bewusst, dass der Antrag fristgerecht zu behandeln sei und hat in der Novembersitzung die Abstimmung über diesen Antrag nach der Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden geplant. Gemeinderatsmitglied Michael Hierl sieht in der Begründung der Kosten keine Willkür und Blockade der Arbeit gegenüber der Verwaltung. Eine genauere Betrachtungsweise zeigt jedoch, wie beim FFW-Haus in Hausheim, dass über den Antrag positiv abzustimmen sei. Gemeinderatsmitglied Stefan Haas bestätigt, dass im Kreistag ein Vergabeformular mit einer detaillierten Begründung bei Über- und Unterschreitungen Standard sei. Gemeinderatsmitglied Markus Mederer bestätigt das Formblatt des Landkreises und zeigt sich positiv gegenüber dem Antrag der SPD-Fraktion. Jedoch teilt er mit, dass der Passus „...bei Über- und Unterschreitungen der Kosten dürfen diese nur als anrechenbare Kosten das Honorar des (Fach-) Planers verändern, wenn durch den Bauherrn weitere Leistungen oder Änderungen angeordnet wurden.“ im Gremium nicht durch einen Beschluss gelenkt werden dürfe. Ingenieur Birgmeier meldet sich zu Wort und erläutert, dass er in der Verwaltung den Wunsch geäußert habe, über den Antrag vorerst nicht abzustimmen, um zuerst das Gespräch über die weitere Vorgehensweise bei Vergaben zu suchen,

um die Zusammenarbeit für zukünftige Submissionen verbessern zu können. Bürgermeister Bergler bittet Gemeinderatsmitglied Markus Mederer um die Vorlage dieses besagten Formblattes des Kreistages.

7. SC Oberölsbach e.V. - Antrag auf Übernahme einer kommunalen Ausfallbürgschaft in Höhe von 1.500.000 Euro zur Zwischenfinanzierung durch die Gemeinde Berg (Baumaßnahme "Neubau einer vereinseigenen Turnhalle")

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 16.10.2023 teilte der SCO Oberölsbach mit, dass in den Jahren 2023-2025 die Baumaßnahme „Neubau einer vereinseigenen Turnhalle“ durchgeführt werden soll. Das Gesamtvolumen der Baumaßnahme beträgt voraussichtlich ca. 3.600.000 Euro (Fremdvergabeanteil ohne Eigenleistung).

Zur Zwischenfinanzierung bis zum erwarteten Zuwendungseingang von Mitteln aus den Sportförderrichtlinien des Freistaates Bayern (Abwicklung durch den beliebigen Unternehmer BLSV e.V.) soll ein Darlehen in Höhe von 1.500.000 Euro aufgenommen werden. Die Tilgung des Darlehens ist gesamtfällig bis spätestens 30.09.2028. Dies deckt sich mit der Empfehlung des BLSV für einen Zwischenfinanzierungszeitraum von drei Jahren. Der Darlehensvertrag sieht Sondertilgungen unbegrenzt mit den nachgewiesenen Zuschüssen des BLSV vor.

Der Verein bittet die Gemeinde Berg mit Schreiben vom 08.10.2024 um Übernahme einer kommunalen Ausfallbürgschaft als Voraussetzung zur Gewährung des Bankdarlehens für die Baumaßnahme (Absicherung des Darlehens für den Kreditgeber).

Mit Schreiben vom 07.08.2023 hat der BLSV (Resort Förderung Sportstätten) dem SC Oberölsbach ein Bewertungsschreiben zum Vorhaben Neubau einer vereinseigenen Turnhalle zukommen lassen. Dieses Schreiben diente gleichzeitig als Anhörung im Sinne des Verfahrensrechts. Dieses Schreiben stellt nach den eingereichten Antragsunterlagen auf einer Bemessungsgrundlage von ca. 3,77 Mio. (Gesamtkosten voraussichtlich geringer als Kostenpauschale in Höhe von ca. 4,08 Mio.) und einem Staatsmittelfördersatz von 40% einen Zuschuss in Höhe ca. 1,51 Mio. in Aussicht.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass dieses Schreiben keine Bewilligung oder aber zumindest Zusicherung nach Art. 38 BayVwVfG darstellt und der Maßnahmenträger das Risiko einer ausfallenden Förderung trägt. Nachfolgend würde bei einer ganz oder teilweise ausbleibenden Zuwendung der Staatsmittel das Risiko bei einer Ausfallbürgschaft - bei nicht erfolgter Tilgung sowie erfolgloser Zwangsvollstreckung durch den Gläubiger- auch den Bürgen treffen.

Von Seiten des BLSV werden aber mit dem Verweis auf die aktuellen Sportförderrichtlinien keine vorab erfolgenden Teil- bzw. Gesamtbewilligungen ausgestellt. Dies wurde nochmals mit den BLSV abgeklärt, eine Ausnahme wird auch im vorliegenden Fall nicht erfolgen.

Zum Antrag ist festzustellen:

-Die Absicherung von Darlehen durch die Gemeinde Berg für Vereine im Gemeindegebiet ist in der Vergangenheit bereits bei zahlreichen Baumaßnahmen erfolgt. Im konkreten Fall handelt sich um nicht – wie meist – um die Absicherung eines Langfristedarlehens mit regulären Tilgungen, sondern um eine Absicherung einer Zwischenfinanzierung für im Raum stehende Fördergelder.

-Mit dem Antrag zur Bürgschaftsübernahme wurden bzw. werden digital folgende Unterlagen übermittelt:

>Kreditangebot und Entwurf Darlehensvertrag

- >Entwurf kommunale Ausfallbürgschaft
- >Schreiben BLSV zu möglichen Zuwendungen zur Maßnahme (bereits vorliegend bei Antrag für Übernahme Bürgschaft Tilgungsdarlehen im Jahr 2023)
- >Schreiben BLSV zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn (VZM)
- >Anträge der 1. und 2. Mittelanforderung des BLSV
- >Gesamtübersicht der Finanzierung der Maßnahme (bereits vorliegend bei Antrag für Übernahme Bürgschaft Tilgungsdarlehen im Jahr 2023)
- >aktuelle Gegenüberstellung Kostenermittlung – Kostenanschlag – Kostenfeststellung des Vorhabens durch das Architekturbüro
- >Übersicht der bereits für dieses Projekt bezahlten Rechnungen
- >Schreiben der Gemeinde Berg zur Erhöhung der Förderobergrenze der Investitionsförderrichtlinie (bereits vorliegend bei Antrag für Übernahme Bürgschaft Tilgungsdarlehen im Jahr 2023)
- >Schreiben zur möglichen Förderung des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. (bereits vorliegend bei Antrag für Übernahme Bürgschaft Tilgungsdarlehen im Jahr 2023)
- >Übersicht aktueller Finanzstatus der Hausbank (Eigenmittel / Verbindlichkeiten)
- >Übersichten zum Stand der laufenden Verbindlichkeiten bei anderen Darlehensgebern
- >Gewinnermittlungen nach § 4 Abs. 3 EStG für die Jahre 2020-2023
- >Entwicklung der Mitgliederzahlen (Hauptverein / Abteilungen) für die Jahre 2020-2023/2024
- >Unterlagen zu Mitgliedsbeiträgen (bereits vorliegend bei Antrag für Übernahme Bürgschaft Tilgungsdarlehen im Jahr 2023)
- >Vereinssatzung

-Die entsprechenden kommunalrechtlichen (insbesondere Art. 72 GO i. V. m. der Verordnung über kreditähnliche kommunale Rechtsgeschäfte KommKredV; Art. 61 Abs. 3 GO) und haushaltsrechtlichen Vorschriften (keine Zulässigkeit von selbstschuldnerischen Bürgschaften) sind zu beachten.

-Feststellung nach § 4 der Verordnung über kreditähnliche kommunale Rechtsgeschäfte (Nachweis genehmigungsfreie Rechtsgeschäfte):

- >Einzelfallgrenze nach § 1 Abs. 2 i. V. m. § 3 Nr. 1: 150.000 Euro / hier: 1.500.000 Euro
- >Bestandsgrenze im laufenden Haushaltsjahr 2023 nach § 3 Nr. 1: 300.000 (2 x 150.000 Euro) / bisher im Haushaltsjahr 2024: 0 Euro
- > Gesamtbestandsgrenze nach § 3 Nr. 1: 1.200.000 Euro (8 x 150.000 Euro) / aktuell: 1.519.170,03 Euro in folgender Aufteilung:

--DJK-SV Berg:	242.742,78
--SC Oberölsbach:	1.017.381,99
--FC Sindlbach:	248.308,13
--TSV Stöckelsberg:	10.737,13

(Anmerkung Einstandspflicht im Verhältnis zum nominalen Gesamtvolumen: tatsächlicher Gesamt-Darlehensstand hierzu aktuell: ca. 1,23 Mio. Euro unter Annahme des vollständigen Mitelabrufes des SC Oberölsbach für das Tilgungsdarlehen aus dem Jahr 2023)

>Da die Einzelfallgrenze nach § 1 Abs. 2 i. V. m. § 3 Nr. 1 KommKredV mit einer Bürgschaft in Höhe von 1.500.000 Euro überschritten werden würde, sowie die Gesamtbestandsgrenze von 1.200.000 Euro, ist der Vorgang genehmigungspflichtig und dementsprechend dem Landratsamt Neumarkt, SG Kommunalangelegenheiten zur rechtsaufsichtlichen Genehmigung vorzulegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - wie vom SC Oberölsbach e.V. beantragt - die Übernahme der vorgenannten kommunalen Ausfallbürgschaft in Höhe 1.500.000 Euro zzgl. etwaiger nicht bezahlter Zinsen und Kosten (Nebenverbindlichkeiten) unter der Maßgabe der aufsichtlichen Genehmigung durch das Landratsamt Neumarkt, SG Kommunalangelegenheiten. Gleichzeitig verpflichtet sich der SC Oberölsbach e.V. schriftlich, dass sämtliche Zuwendungen des BLSV in

voller Höhe unverzüglich als Sondertilgung für das zugrundeliegende Darlehen zu verwenden sind.

Abstimmungsergebnis: Ja 18 : Nein 0

Abstimmungsbemerkung:

Gemeinderatsmitglied Christian Lehmeyer konnte an der Abstimmung nicht teilnehmen, weil er als Vorstand des SCO persönlich befangen war.

8. Bekanntgaben der Verwaltung, Anfragen der Gemeinderatsmitglieder und Verschiedenes

8.1 Information: Tag der offenen Tür der KiTA St. Marien Berg

Sachverhalt:

Der Erste Bürgermeister informiert das Gremium über die Einweihungsfeier der Kindertagesstätte St. Marien am Samstag, 26.10.2024 mit Beginn um 13:30 Uhr.

8.2 Information - Tag der offenen Tür der Gemeindebücherei Berg

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler informiert das Gremium über den Tag der Offenen Tür der Gemeindebücherei am Sonntag den 17.11.2024 von 14 bis 17 Uhr.

8.3 Sachstandsbericht: Torbogen Gnadenberg

Sachverhalt:

Ingenieur Birgmeier teilt dem Gremium den aktuellen Sachstandsbericht zum Torbogen in Gnadenberg mit. Der Aufbau begann ab dem 14.10.2024 mit der Straßensperrung. Voraussichtliches Bauende ist noch nicht genau definierbar.

8.4 Information: Reparaturarbeiten am Sportzentrum in Berg

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler informiert das Gremium über die anstehenden Reparaturarbeiten am Sportzentrum in Berg. Es handelt sich um eine Reparaturverglasung an der Fassade des Hallenbades mit einer Auftragssumme in Höhe von 1.787,98€.

8.5 Information: Arbeiten zum Gewässerunterhalt entlang des Tummersbach

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler erläutert den Sachstand zur Hochwasserthematik am Tummersbach. Wie schon beim Ortstermin ausgeführt, soll der Tummersbach wieder ausgebaut und renaturiert werden. Hierzu soll eine Spezialfirma beauftragt werden. Die Kosten sollen sich auf 40.000 € belaufen. Da einige Anwohner das Areal um den Tummersbach für private Zwecke ausgebaut haben, sollen Gespräche mit allen Beteiligten in Betracht gezogen werden.

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler erläutert den Sachstand vom vorangegangenen Ortstermin an der Schwarzach in Richtheim. Hier soll mittels Pflaster- und Schotterarbeiten der Wasser-Abfluss in Richtung des Spielplatzes gewährleistet werden, um eine Überschwemmung der angrenzenden Anwesen zu vermeiden. Weiter schildert er die Sachlage am Wallerbach in Oberwall, hierzu soll das Wasserwirtschaftsamt sowie das Amt für Ländliche Entwicklung miteinbezogen werden.

8.7 Information: Verbundleitung Häuselstein

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler gibt das Wort an Ingenieur Birgmeier weiter. Dieser informiert, dass der Baustart am 02.10.2024 bereits erfolgt sei.

8.8 Information: Glasfaserausbau der Telekom

Sachverhalt:

Bürgermeister Bergler teilt den Anwesenden im Gremium mit, dass der Glasfaserausbau bereits am 08.10.2024 begonnen hat. Dies betrifft Bischberg, Haimburg, Irleshof, Kleinvoggenhof, Langenthal, Gewerbegebiet Meilenhofen, Mitterrohrenstadt, Reicheltsfofen und Wünricht. Ingenieur Birgmeier informiert, dass voraussichtlich heuer die Arbeiten sogar noch abgeschlossen werden würden. Auf Nachfrage, wie es in der Herrnstraße und Feilgasse vorangeht, teilt Ingenieur Birgmeier mit, dass die Anschlüsse vorhanden seien, jedoch die Ausschreibung für Privathaushalte noch nicht stattfand.

8.9 Information zum Pumptrack in Berg: Erweiterung der Anlage mit einem Unterstand

Sachverhalt:

Ingenieur Birgmeier informiert aufgrund einer Nachfrage in einer der letzten Gemeinderatssitzungen, dass der Unterstand voraussichtlich Mitte November aufgestellt werden soll.

8.10 Information: Aufstellung der WC Container in Gnadenberg

Sachverhalt:

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass die WC Container in Gnadenberg voraussichtlich Ende Oktober aufgestellt werden.

8.11 Information wegen einer Nachfrage aus der letzten GRS vom 19.9.2024 bezüglich der vom Regionalen Planungsverband Regensburg geplanten Konzentrationszone NM3 für den Bereich der Gemeinde Berg (Bereich Heinrichsburg)

Sachverhalt:

Da in der letzten Gemeinderatssitzung die Nachfrage nach den Hektarzahlen der Konzentrationszone NM3 für den Bereich der Gemeinde Berg (Bereich Heinrichsburg) gestellt wurde, teilt Bürgermeister Bergler mit, dass es sich bei einer Gesamtgröße der Fläche NM3 (Gemeindegebiet Berg, Postbauer-Heng und Stadt Neumarkt) um ca. 435 ha handelt. Die Größe auf Gemeindegebiet (Bereich Heinrichsburg) beträgt ca. 39 ha.

8.12 Kunst am Kanal: Verbleib der 3 Kugeln im Sophie-Scholl-Park

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Erna Späth erkundigt sich nach dem Verbleib der 3 Kugeln, die bisher im Sophie-Scholl-Park aufgestellt waren. Ingenieur Birgmeier teilt mit, dass die Objekte im Bauhof zwischengelagert sind. Durch den Umbau des Rathauses wurden die Verankerungen der Kugeln entfernt und danach hat dort auch die Kirchweih stattgefunden. Jetzt müsse ein geeigneter Standort gesucht werden, um die Fundamente für die Befestigung installieren und die Kugeln wieder aufzustellen zu können.

8.13 Finanzangelegenheit: Grundsteuerhebesatz

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Hans Bogner stellt die Nachfrage, wann die „Thematik Grundsteuerhebesatz ab 2025“ im Gemeinderat behandelt wird. Bürgermeister Bergler teilt mit, dass dies für die Novembersitzung vorgesehen ist.

8.14 Städtepartnerschaft Walce

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Alois Braun informiert das Gremium über die geplante Fahrt nach Walce in Polen zum Adventskonzert. Dies soll am ersten Adventswochenende stattfinden. Die Fahrt geht von Samstag bis Montag. Er bittet um rege Teilnahme. Die Verantwortlichen sind noch auf der Suche nach einem Chor, der dort am Adventskonzert mitwirken soll. Um besser planen zu können, bittet er die Gremiumsmitglieder um Rückmeldung einer eventuellen Teilnahme an der Fahrt bis zum 22.10.2024.

8.15 Fischweiher in Berg (Heinrichsburgstraße): vorbereiten auf den Winter

Sachverhalt:

Gemeinderatsmitglied Karin Zaschka bittet die Verwaltung, am Fischweiher in der Heinrichsburgstraße die Sträucher und das Schilf für den Winter zu entfernen bzw. zu mähen, damit im gefrorenen Zustand am Weiher Wintersport betrieben werden könne.

Peter Bergler
1. Bürgermeister

Tanja Warda
Schriftführerin